



**SARAH GRANDKE**

**EIN VOLK, DAS HERRSCHT? !**

**ODER**

**WARUM PRENZLAU STOLZ SEIN KANN**

Demokratie. Demokratie gleich Volksherrschaft. Das Volk herrscht und das Volk entscheidet. Das Volk wählt und bestimmt so die Politik – das zumindest habe ich in der Schule gelernt. Doch warum engagieren sich immer nur wenige Bürger, trauen sich ihre Meinung zu sagen, sich für eine gute Sache einzusetzen, wenn sie doch diejenigen sind, die entscheiden, die herrschen? Und was – und insbesondere wer – kann Menschen im Endeffekt dazu bringen sich für etwas stark zu machen? Sind nicht die Bürger, die passiv bleiben, Unrecht dulden oder wegschauen (mit-) schuldig an dem System, in dem sie leben?

Und in einer Diktatur? Hier sollte sich das Volk gegen das Regime stellen, dagegen kämpfen. Kann man unsere Groß- und Urgroßeltern für die Geschehnisse im Zweiten Weltkrieg verantwortlich machen, (nur) weil sie nichts dagegen unternommen haben? Meine Eltern lebten in der DDR, im so glücklichen Sozialismus. Warum kämpften sie nicht für Freiheit und Gerechtigkeit, für Demokratie?

„Ja, was sollten *WIR* denn tun?! *UNS* ging es doch gut und *WIR* waren ja nicht betroffen“, ist wohl die häufigste Antwort. Und weiter heißt es dann: „Außerdem, sollten wir uns einsperren lassen? Da haben wir lieber das gesagt und geschrieben, was *SIE* hören wollten.“ Doch wenn nicht der „normale“ Bürger etwas tut, wer dann? Und immer wieder wird mir berichtet, dass jeder nur das gemacht hätte, was *SIE* wollten, was von ihm erwartet und verlangt wurde.

*SIE*...

*SIE* waren sowohl im Nationalsozialismus als auch in der DDR und sind auch in jeder heutigen Diktatur *die Minderheit*. Warum also trauten und trauen sich auch heute nur die wenigsten sich *dieser Minderheit* zu widersetzen? Vielleicht sind es Hoffnungslosigkeit und Mutlosigkeit? Oder Ohnmacht und Hilflosigkeit? Vielleicht Angst? Bequemlichkeit?

Sicher, es gibt immer jemanden, der für eine Idee, ein Vorhaben oder für Demokratie eintritt. So auch im Nationalsozialismus und in der DDR. So auch heute.

Es fällt mir schwer jemanden nicht zu verurteilen, der passiv blieb und geschwiegen hat. Doch dann stellt sich wieder die Frage, was ich in deren Situation getan hätte, ob ich den Mund aufgemacht hätte. Natürlich, aus heutiger Sicht würde ich sagen, dass ich mich getraut und gegen die Ungerechtigkeit protestiert hätte. Mein tiefster Respekt gilt den Menschen, die sich ohne Furcht für andere und ihre eigene Meinung einsetz(t)en und etwas beweg(t)en oder es aber zumindest versucht haben oder versuchen.

Da die Unzufriedenheit im gesamten Ostblock mit Beginn der 80er von Jahr zu Jahr stieg, kam es unter Gorbatschow mit Glasnost und Perestroika zu einer Grundlage für mehr Unabhängigkeit in den sozialistischen Staaten. Einige Länder, wie Ungarn, wollten ihren Sozialismus reformieren und öffneten sich dem Westen. In Polen kam es zu Aufständen, in der DDR stellten mehr und mehr Bürger einen Ausreiseantrag, begingen Republikflucht oder besetzten Botschaften. Gerade der Versuch der DDR-Regierung sich von ihren sozialistischen Bruderstaaten immer weiter abzuschotten schürte den Unmut der Bevölkerung nur noch mehr. Die Initiative „Schwerter zu Pflugscharen“ war eine der ersten Bewegungen, die sich offen für Frieden und Gewaltfreiheit, Abrüstung und Demokratie einsetzte. Einige Historiker werten diese sogar als die Keimzellen der Montagsdemonstrationen in Leipzig (ab dem 4. September 1989) und dem damit verbundenen Zusammenbruch der DDR.

Die Gebete und Demonstrationen in Leipzig nahmen ab Mitte 1989 ein immer größer werdendes Ausmaß an. Tausende DDR-Bürger setzten sich friedlich für (mehr) Demokratie, Freiheit und Abrüstung ein, forderten Veränderungen, wollten selbst etwas bewegen.

So auch in Prenzlau und der näheren Umgebung.

Am 18. Mai 1989 verließ die 25. Sowjetische Panzerdivision im Zuge der Truppenrationierung die 22 000 Einwohnerstadt im Nordosten der DDR. Mehrere internationale Journalisten und sogar militärische Vertreter aus der UdSSR, den USA, England, Frankreich und Japan nahmen an diesem symbolträchtigen Ereignis in der „Stadt

des Friedens und der Abrüstung“ teil. Nur wenige Stunden später wurde jedoch bekannt, dass in derselben Stadt ein Stützpunkt für 180 sowjetische Kampfhubschrauber eingerichtet werden sollte, welche unter anderem als Begleitstaffel für nukleare Sprengköpfe genutzt werden konnten. Theoretisch wäre es möglich, von dem neu geplanten Stützpunkt in nur kurzer Zeit einen Blitzkrieg gegen den „kapitalistischen Klassenfeind“ durchzuführen. In den folgenden Tagen und Wochen wurde mit dem Um- und Ausbau eines Hubschrauberlandeplatzes und des militärischen Geländes begonnen. Gleichzeitig überflogen Helikopter die Stadt für Übungszwecke. Immer mehr Anwohnern wurde klar, dass es sich beim Abzug der Panzerdivision im Mai auf keinen Fall um Abrüstung handelte, sondern nach- und aufgerüstet werden sollte. Verständlicherweise hatten die Prenzlauer Angst vor den Waffen, einem möglichen Absturz und auch davor, dass Prenzlau als Helikopterstützpunkt im Falle eines Angriffs des Feindes ein militärisches Ziel sein könnte. Da sich viele Prenzlauer schon jahrelang für den Naturschutz einsetzten, spielte die Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung ebenfalls eine große Rolle. Vor allem in Röpersdorf, nur wenige Kilometer von Prenzlau entfernt, war ein ständiger, penetranter Benzingeruch bemerkbar. Riesige Tankbehälter wurden ohne jegliche Absicherung ins Erdreich eingelassen. Die Gefahren, die von dem Militärgelände und seiner Nutzung ausgingen, wurden immer offensichtlicher.

Im Oktober 1989 wurden die ersten Stimmen der Anwohner gegen die Helikopter laut. Besonders die Röpersdorfer protestierten gegen den geplanten Militärstützpunkt. Sie wandten sich an das Ministerium für Nationale Verteidigung, doch ihre Proteste fanden so gut wie kein Gehör. Erst im Dezember wurde das Schreiben mit der Bemerkung, dass man das Problem zwar verstehe, aber nicht lösen könne, beantwortet. Ebenfalls die Kreisleitung nehme das Problem zur Kenntnis, könne jedoch die Entscheidung des „großen Bruders“ Sowjetunion auf keinen Fall beeinflussen.

Im November wandten sich die Bürger an den Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz. In der

„Protestresolution gegen die Neuansiedlung einer Hubschraubereinheit in Prenzlau“ begründeten Hans-Joachim Wellmann und Peter Bülow im Namen der Gemeinde Röpersdorf ihr Schreiben mit folgenden Punkten:<sup>2</sup>

1. Vertrauensverlust, da die sowjetische Panzerdivision aus Prenzlau abgezogen wurde
2. „unnötige Gefährdung (Absturzgefahr und Raketenbestückung) und Belästigung (z. B. Fluglärm)“<sup>3</sup>
3. Frage der Aufgabe der Hubschrauber
4. Installierung der Hubschrauber unnötig, da die Abrüstung voranschreitet
5. Umweltbelästigung

(Eine Beantwortung des Protestschreibens erfolgte erst zwei Monate später.)

Am 14. November kam es zum ersten Mal zur öffentlichen Diskussion, bei der die anwesenden Abgeordneten des Rates des Kreises zusagten, sich für die Interessen der Bürger einzusetzen.

Nur sechs Tage später, am 20. November, versammelten sich Hunderte Anwohner spontan vor dem sowjetischen Militärgelände. Anlass dafür war ein geplanter Demonstrationsflug der Hubschrauber über Prenzlau, der jedoch laut Militär auf Grund des „schlechten Wetters“ nicht durchgeführt werden konnte.

Ohne jegliche Planung oder Ankündigung protestierten circa 300 Uckermärker gegen die Kampfhubschrauber. Aus Furcht vor zu großem Aufsehen baten die sowjetischen Offiziere die Demonstranten aufs Militärgelände, denn man könne ja schließlich dort wesentlich besser über das Problem sprechen. Doch es half nichts. Die Nachricht von der Demonstration

---

<sup>2</sup> Drawert, I. u.a.: „Protest gegen die Hubschrauberstationierung 1989/90 in Prenzlau. Die erste Demonstration vor der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin gegen militärische Objekte der UdSSR in der DDR“, Schülerarbeit, Seite 28

<sup>3</sup> ebd.

verbreitete sich wie ein Lauffeuer und immer mehr Anwohner kamen zum Militärgelände am Rande der Stadt. Harald Jahn, Hans-Joachim Wellmann, Marlies Czerwinski und Peter Bülow wurden zu den führenden Protestsprechern der Initiative und nach einer endlosen Diskussion einigte man sich lediglich auf einen neuen Termin. Die Forderungen der Anwohner wurden seitens des in Prenzlau stationierten Militärs in keiner Weise ernst genommen. Noch nicht einmal die Vorgesetzten in Ostberlin beziehungsweise Moskau wurden über die Proteste der Prenzlauer informiert.

Mit Hilfe der Kirche und des „Neuen Forums“, das ab Ende des Monats die Bewegung unterstützte, sammelten die Bürger Unterschriften gegen die geplante Stationierung und den Ausbau des Militärgeländes. Im Laufe der Zeit setzten sich immer mehr Anwohner gegen die Helikopter ein und bis zum 1. Dezember hatten 2 856 Bürger ihre Unterschriften abgegeben.<sup>4</sup> Auch der Vorsitzende des Rates des Kreises wurde aktiv und schrieb einen Brief an den Ministerrat und die Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte.

Kurz nach dem ersten Protest im November wurden die ersten Stimmen laut, dass eine groß angelegte Demonstration den Forderungen noch mehr Ausdruck verleihen würde. Die Bürgerinitiative begann die Demo zu organisieren und zu planen. Flugblätter wurden verteilt, Ankündigungen in der lokalen Tageszeitung abgedruckt. Alle möglichen Institutionen, wie die Kirche, Parteien und die Medien unterstützten die Interessen der Anwohner und halfen bei der Planung und vor allem der Bekanntmachung der Protestkundgebung.

Den ersten großen Erfolg konnte die Bewegung mit einer Protestnote an Hans Modrow, den Vorsitzenden des Ministerrates, verzeichnen. Innerhalb weniger Tage kam es zu einem Baustopp. Damit war das Problem zwar nicht gelöst, aber es zeigte, dass die Ziele der Uckermärker erreicht werden könnten, obwohl es sich um einen Protest gegen die

---

<sup>4</sup> Drawert, I. u.a.: „Protest gegen die Hubschrauberstationierung 1989/90 in Prenzlau. Die erste Demonstration vor der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin gegen militärische Objekte der UdSSR in der DDR“, Schülerarbeit,

Besatzungsmacht Sowjetunion handelte. Wahrscheinlich motivierte dieser erste Erfolg all diejenigen Prenzlauer, die einem Beitritt der Bewegung eher unsicher gegenüberstanden, denn in den folgenden Tagen wurden weitere Hunderte Unterschriften abgegeben.

Am 3. Dezember bekundeten circa 3 000 DDR-Bürger ihren Unmut vor dem sowjetischen Militärgelände. Der Protest richtete sich jetzt nicht mehr nur gegen die geplante Nachrüstung in Prenzlau, sondern auch gegen das politische System der DDR. Auf den Transparenten der Demonstranten waren nun sogar politische Forderungen wie „Egon tritt zurück!“ zu lesen. Mit dem 9. November 1989 ist bei vielen DDR-Bürgern die Angst vor dem SED-Regime und vor allem der Stasi gesunken. Mehr und mehr Bürger trauten sich jetzt offen gegen den Sozialismus und den Staat zu sprechen. Die DDR war am Boden und es war nur noch eine Frage der Zeit bis sie endgültig Geschichte sein würde – natürlich bemerkte das auch das Volk. Den Menschen wurde bewusst, dass sie ihre Forderungen nach Demokratie und Freiheit durchsetzen konnten.

Auf der Demo sprach ebenfalls der Vorsitzende einer weiteren uckermärkischen Bürgerinitiative. In Naugarten bildete sich fast zur gleichen Zeit eine Protestbewegung gegen eine NVA-Raketenbasis. Bis Ende Dezember schafften es die Bürger, dass der Militärstützpunkt stillgelegt wurde. Die Entscheidung über die Raketenbasis lag jedoch bei der DDR-Regierung. Deshalb war es für die Naugartener wesentlich einfacher ihre Forderungen durchzusetzen.

Dank der vielen Schreiben der Bürgerinitiative und Abgeordneten des Rates des Kreises nahm nun auch die DDR-Regierung den Protest ernst. So forderten am 28. Dezember das Außenministerium und Abgeordnete der Volkskammer von der sowjetischen Botschaft die sofortige Auflösung der Hubschrauberstaffel und die Einstellung der Ausbauarbeiten des Militärgeländes – ohne Erfolg. Dennoch, es war ein Zeichen. Die Uckermärker hatten es geschafft die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich zu lenken, wodurch der Druck auf die UdSSR enorm stieg.

Trotz einer Einigung auf einen Baustopp bis zu den Maiwahlen zwischen dem sowjetischen Militär in Prenzlau und der Bürgerinitiative vom 22. Januar 1990, nahmen nach Angaben der Anwohner die Überflüge der Helikopter und auch die Bauarbeiten kein Ende.

Nachdem ein Protestschreiben mit über 10 000 Unterschriften an Hans Modrow, den Vorsitzenden des Ministerrates, und Michael Gorbatschow keine Erfolge brachte, planten die Bürger der Stadt eine Demonstration in Berlin vor der sowjetischen Botschaft, nur einen Katzensprung vom Brandenburger Tor entfernt. Mit Hilfe des Vorsitzenden des Rates des Kreises vereinbarte man einen Termin beim Botschafter der Sowjetunion und beantragte die Demo. Vor allem die Protestvorsitzenden wollten verständlicherweise die Demonstration in Berlin gut vorbereitet wissen. So traf man sich mit den Teilnehmern mehrere Tage vor der eigentlichen Demo. Es kam zu Aufrufen in der lokalen Tageszeitung, Flugblätter wurden verteilt und die Bürger wurden aufgerufen Plakate und Transparente anzufertigen.

Insgesamt über 300 Uckermärker machten sich am 10. Februar 1990 auf den Weg zur Botschaft mit der Forderung nach einem sofortigen Einstellen des Ausbaus des Militärgeländes und dem endgültigen Abzug der Sowjets aus Prenzlau. Vor der Botschaft wurden Flugblätter verteilt und mit Sprechchören auf sich aufmerksam gemacht. Spontan nahmen auch Berliner an der Demonstration teil und nach nur kurzer Zeit waren auch ausländische Journalisten und Kamerateams anwesend. Das alles verdeutlicht, wie besonders und einzigartig der Prenzlauer Protest war und ist. Es war der erste öffentliche Protest vor der sowjetischen Botschaft gegen militärische Vorhaben.

Führende Mitglieder der Bürgerbewegung Hans-Joachim Wellmann, Harald Jahn und Marlies Czerwinski sowie der Vorsitzende des Rates des Kreises Eckhart Rissmann sprachen mit dem sowjetischen Botschafter und Angehörigen des Militärs. Die Offiziere nahmen den Protest nicht ernst und weigerten sich ihre Pläne zu überdenken. Überraschenderweise zeigte sich aber der Botschafter zuversichtlich, dass das Problem zugunsten der Prenzlauer gelöst werden könnte. Man einigte sich auf eine sofortige Einstellung der Überflüge und ein

weiteres Gespräch in naher Zukunft.

Am 1. März gab die Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte die Nichtstationierung der Kampfhubschrauber in Prenzlau und der näheren Umgebung sowie die Auflösung des Militärgeländes bis 1991 bekannt. „Sowjetische Helikopter nicht nach Prenzlau“ hieß es am 2. März 1990 im „Neuen Deutschland“, der wohl größten überregionalen Tageszeitung der DDR. Spätestens ab der Demo Unter den Linden war die Stationierung der sowjetischen Helikopter nicht mehr nur ein Problem irgendwelcher Kleinstädter im Nordosten der DDR. Sowohl die DDR-Medien als auch der „kapitalistische Klassenfeind“ berichteten über die geplante Stationierung und den Protest der Prenzlauer. Unter anderem berichteten die „Harburger Anzeigen“ am 12. Februar über die „Proteste vor [der] UdSSR-Botschaft“.

Durch Beiträge über die Prenzlauer Bürgerinitiative in westdeutschen Medien wurden Bürger aus Wiesbaden auf die Uckermärker und deren Erfolg aufmerksam. Auch hier hatte sich eine Protestbewegung gegen einen Helikopterstützpunkt gebildet – Nutzer des Militärgeländes: die US-Airforce. Im Mai fuhren einige Prenzlauer in den „Westen“, um Erfahrungen auszutauschen und Kontakte zu knüpfen.

Mit dem Abzug der Besatzungsmacht am 20. August 1991 wurde Prenzlau endgültig zur „Stadt des Friedens und der Abrüstung“ – der allgemeine Abzugstermin war 11 Tage später. Die Uckermärker hatten es geschafft! Mitte 1989 hätte es wohl kaum jemand für möglich gehalten, dass es DDR-Bürgern gelingen würde sich gegen den großen sozialistischen Bruder und die Besatzungsmacht Sowjetunion durchzusetzen. Nach mehreren Monaten des Protestes konnten die Bürger der Stadt Prenzlau und vor allem die vier führenden Köpfe der Bürgerinitiative wieder aufatmen und stolz auf das sein, was sie geschafft hatten.

Das Besondere, und das gilt für alle DDR-Bürger, die sich 1989/90 für Frieden und Demokratie einsetzten, ist wohl, dass alle, egal aus welcher sozialen Schicht, egal aus welcher Region, aus welcher Stellung oder aus welcher politischen Richtung, alle an einem Strang zogen und sich für Abrüstung und Wiedervereinigung einsetzten. Die Kirche, die

unterschiedlichsten politischen Parteien, die Medien. Nur das Zusammenwirken aller konnte dazu führen, dass es zu einer Nichtstationierung der Hubschrauber in Prenzlau kommen konnte und die Wiedervereinigung sowie das Ende des Kalten Krieges möglich wurden.

Zeitungsartikel, Radiobeiträge, Bilder und Videos der Wendezeit bringen mich jedes Mal zum Nachdenken. Was brachte die Menschen dazu erst so spät zu handeln? Warum kam es nicht schon viel früher zu Demonstrationen gegen das Regime? Und warum fehlt heute so oft das Engagement, das 1989/90 zur Stelle war? Ist heute alles perfekt? Vielleicht brauchen wir uns ja heute gar nicht mehr für irgendetwas einzusetzen?! Sagen einfach zu allem „Ja“ und „Amen“...

Warum vergessen immer mehr Menschen, dass es eben nicht so ist und dass etwas getan werden muss, auch wenn es vielleicht nicht uns persönlich betrifft?

In einer meiner letzten Geschichtsstunden sahen wir eine Dokumentation über die letzten Monate der DDR. Es ist einfach unglaublich! Immer wieder muss ich mich fragen, was wäre geworden, wenn es nicht zur Öffnung der Mauer gekommen wäre? Würde ich heute in der DDR leben? Ein aktives Mitglied der FDJ sein oder im Extremfall im Gefängnis sitzen? Wo stünden meine Eltern?

Was auch immer die DDR-Bürger dazu brachte, es war und ist außergewöhnlich und einzigartig. Dennoch, die Uckerländer und viele andere (Ost-) Deutsche haben vergessen, was sie vor fast 20 Jahren erreicht haben. Die Wahlbeteiligung und das Interesse an Politik sinken von Wahl zu Wahl und auf die Straße zu gehen, kommt für die große Mehrheit schon gar nicht in Frage. Vielleicht liegt es daran, dass nach der Wiedervereinigung die Euphorie schon schnell wieder verflogen war und Deutschland sich in Vereinigungsgewinner und -verlierer teilte. Die Uckermark ist heute eine der deutschen Regionen mit der höchsten Arbeitslosigkeit, viele wünschen die DDR zurück. Viele vergaßen und vergessen, dass die DDR eine Diktatur war. Einige sagen, dass es in der Uckermark nur an jungen Leuten

fehlen würde – die Alten seien doch nun wirklich einfach zu alt um etwas zu verändern.  
Ab wann ist man zu alt für Engagement? 40? Ende 60?

Immer öfter hört man heute aus allen Gesellschaftsschichten: „Warum sollen *WIR* denn was tun? *DIE* machen doch eh was sie wollen.“ Sind Bürger gegen Entscheidungen Abgeordneter, so wird das kaum öffentlich gemacht. Nur noch selten bilden sich Bürgerinitiativen.

Vielleicht hilft und mobilisiert es Menschen, wenn man mehr an die erzielten Erfolge erinnert und darüber berichtet. Zum Gedenken an die Bürgerinitiative Prenzlau wurde 1997 eine Gedenktafel an einem der ehemaligen militärischen Gebäude der Sowjets angebracht. Heute befindet sich darin eine Schule, doch wohl kaum ein Schüler weiß, was auf der Gedenktafel steht beziehungsweise, dass sie überhaupt existiert und das obwohl vielleicht sogar deren Eltern an den Protesten beteiligt waren.

Rund 20 Jahre ist es nun her, dass Prenzlau gegen die Helikopter protestierte und sich für Frieden und Abrüstung einsetzte. Vor allem in der Schule und in der Presse sollte auf diesen Erfolg aufmerksam gemacht werden, um den Uckermärkern (wieder) Mut zu machen, um sie wachzurütteln und zum politischen Handeln zu bewegen.

William Shirer schrieb in „Rise and Fall of the Third Reich“: „No one who has not lived for a few years in a totalitarian land can possibly conceive how difficult it is to escape the (...) calculated and incessant propaganda.“<sup>5</sup> (Keiner, der nicht für Jahre in einem totalitären Land lebte, kann sich wahrscheinlich vorstellen, wie schwierig es ist, der berechnenden und unaufhörlichen Propaganda zu entfliehen.)

Und das ist wohl auch die einzige (richtige) Antwort auf meine Frage „Warum hast du damals nichts dagegen unternommen?“

---

<sup>5</sup> Shirer, W. J.: Rise and Fall of the Third Reich, Touchstone Books, New York, 1998

Uckermärkischer Geschichtsverein zu Prenzlau e. V. – Online-Lesesaal